

219; Seite 23

OP-ED Seite (oe)

Israel, die Schweiz und die Juden

Die mögliche Anerkennung Palästinas als Uno-Mitglied lässt die Emotionen hochgehen. Die Schweizer Juden bleiben von dieser Diskussion nicht unberührt. Dabei kommt es immer wieder zu Missverständnissen. Von Herbert Winter

Herbert Winter

Im Vorfeld einer möglichen Uno-Abstimmung über die Anerkennung Palästinas als Mitglied der Uno oder als unabhängiger Staat bringen sich Befürworter und Gegner in Stellung. Es finden intensive, teilweise hitzige Diskussionen statt, die wichtig sind und nötig. Aus Sicht des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), des Dachverbands der Juden in der Schweiz, würde eine einseitige Anerkennung eines palästinensischen Staates zum jetzigen Zeitpunkt den Konflikt nur weiter komplizieren, ja wohl verschärfen, und von einer friedlichen Lösung wegführen. Eine solche kann aus unserer Sicht nur durch Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern erreicht werden. Andere mögen dies anders sehen, und sie sollen ihre legitimen Argumente ins Feld führen. Als nicht legitim erachten wir aber die unlängst wieder verstärkten Boykottaufrufe, die das Klima vergiften und das Gegenteil dessen erreichen, was die Provokateure angeblich wollen, nämlich Frieden.

Teil der Schweizer Gesellschaft

Dass Israel immer wieder grosse, oftmals negative Emotionen hervorruft, spüren auch wir beim SIG. Nie erhalten wir so viele Anfragen, und leider auch Schmähbriefe, wie wenn es in Nahost wieder einmal gärt. Dabei fällt auf, dass Juden und Israeli oft grundsätzlich gleichgesetzt und wir Schweizer Juden für politische Aktionen des Staates Israel mitverantwortlich gemacht werden. Die meisten der in der Schweiz lebenden rund 18 000 Jüdinnen und Juden sind jedoch seit Generationen hier verwurzelt, wobei wir erst seit etwa 150 Jahren als gleichberechtigte Bürger anerkannt werden. Wir gehören einer eigenen Konfession an, pflegen unsere eigenen Traditionen und Gebräuche, sind aber genauso Teil der Schweizer Gesellschaft wie unsere reformierten und katholischen Nachbarn auch. Zur Schweizer Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft leisten wir Juden unseren Beitrag.

Gleichzeitig ist Israel für Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt das religiöse, historische und kulturelle Zentrum sowie das Wahrzeichen unserer Identität. Wir fühlen uns Israel tief verbunden, ohne dass dadurch unsere Zugehörigkeit zur Schweiz im Geringsten infrage gestellt wäre. «Die Schweiz ist mein Vaterland, aber Israel ist mein Mutterland», so hat es Sigi Feigel, der verstorbene ehemalige Präsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich, zum Ausdruck gebracht. Es ist eine Tatsache, dass das jüdische Volk während 2000 Jahren immer wieder verfolgt und unterdrückt wurde und seither nach Selbstbestimmung strebte. Dieser Traum wurde mit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 endlich Realität. Es wurde ein demokratischer Rechtsstaat geschaffen, dem es innerhalb weniger Jahrzehnte gelang, Millionen von Menschen zu integrieren. Dies erfüllt uns mit Stolz, und damit wurde auch den Juden ausserhalb Israels das Selbstbewusstsein gestärkt.

Wir verstehen sehr gut, dass auch das palästinensische Volk vom Wunsch nach Selbstbestimmung erfüllt ist. Der Verwirklichung dieses Wunsches steht unter anderem im Weg, dass die Mehrheit der arabischen Staaten Israel noch immer nicht formell anerkennt und das israelische Volk nach wie vor mit einer realen Bedrohungslage leben muss. Viele von uns machen sich derzeit die grössten Sorgen um die Entwicklung in Nahost. Die Region ist in einem fundamentalen Umbruch begriffen. Sosehr wir den Ruf nach mehr Volksrechten und

Demokratie in den arabischen Ländern unterstützen, so sehr beschäftigt uns die damit verbundene Destabilisierung. Hinsichtlich politischer Positionen gehen die Ansichten auch unter uns Juden weit auseinander. Dass der Nahostkonflikt für alle Seiten befriedigend gelöst werden muss, steht ausser Frage. Wie eine solche Lösung aussehen soll, ist indes umstritten.

Untaugliche Schwarz-Weiss-Malerei

Klar ist, dass wir Juden uns und auch der SIG sich nicht als das Sprachrohr der israelischen Regierung verstehen, und Kritik an deren Politik ist selbstverständlich erlaubt. Gar kein Verständnis haben wir aber, wenn die Existenzberechtigung Israels infrage gestellt wird. Ebenso wenig akzeptieren wir die Aufrufe, Produkte, Wissenschaftler oder Kulturschaffende aus Israel zu boykottieren. Es ist zu bezweifeln, dass es den Boykotteuren wirklich um Frieden und um Menschenrechte geht.

So muss man sich fragen, weshalb nur Israel an den Pranger gestellt wird, wo es doch unzählige Staaten auf der Welt gibt, in denen die Menschenrechte in viel grösserem Masse missachtet werden. Der Nahostkonflikt taugt nicht für Schwarz-Weiss-Malerei mit eindeutigen Täter- und Opferzuschreibungen, wie uns teilweise weisgemacht werden soll. Das Sicherheitsbedürfnis der Israeli findet in der öffentlichen Debatte kaum Beachtung, und der Gesamtkontext wird gerne ausser acht gelassen. Die Realität ist leider sehr komplex, und es kann nicht angehen, dass Israel dämonisiert und allein als konflikttreibende Partei dargestellt wird.

Eine Lösung der Nahostfrage wird Kompromisse auf beiden Seiten erfordern, daran besteht kein Zweifel. In der Debatte müssen die Ängste der israelischen Bevölkerung genauso ernst genommen werden wie die Bedürfnisse des palästinensischen Volkes.

Herbert Winter ist Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes und Vorsitzender des Rates der Religionen.